

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbündeln mit in allen Abteilungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich drei Mark 20 Pf. (halbjährlich 12 Mark), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Aufschlaggebühren) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21, / Geschäftsstelle u. Arbeitslohn-Überbahnhoffstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 600, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhoffstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Erscheinungsort der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 27. März 1928 Nummer 74

Die SPD lehnt Amnestie ab!

Die SPD-Reichstagsfraktion verhindert die Befreiung von 300 proletarischen Opfern der Klassenjustiz
Der Schiedspruch in der sächsischen Metallindustrie gefällt / Die Reformisten sabotieren die Stellungnahme der Arbeiterschaft
Buchdrucker fordern Kampf gegen den Zwangsvertrag / Vor der Verbindlichkeitserklärung des Eisenbahner-Schiedspruches

Um den Amnestieantrag Höckel, Rosenfeld, Oberling

Berlin, 27. März. (Eig. Drahtbericht.)
Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm gestern endlich zur Amnestiefrage Stellung und beschloß, den von Höckel, dem Genossen Höckel und dem Deutschnationalen Oberling eingebrachten Antrag im Unterausschuß, der auch die Mehrheit im Rechtsausschuß gesichert hatte, nicht zuzustimmen, so daß im Rechtsausschuß dieser Antrag abgelehnt werden wird.

Dieser politische Schutteneimer der Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion ist die Verkörperung der schamlosen Haltung der SPD-Reichstagsfraktion gegenüber den 300 proletarischen politischen Gefangenen im Reichstag. Zwar war die SPD-Reichstagsfraktion unter dem Druck der Arbeiter gezwungen worden, Höckel zur Verhandlung zu zwingen, und dieser mußte seinerseits einen Antrag mit ausarbeiten, der allein die Möglichkeit der Annahme der 300 proletarischen politischen Gefangenen die Freiheit wiederzugeben, zwar mußte man auch dabei in Kauf nehmen, sächsischen politischen Verbrechen Vorteile zu gewähren, damit aber wurde gleichzeitig eine weit größere Anzahl proletarischer Klassenkämpfer bestraft. Und davon mußten sich alle diejenigen leisten, die ehlich und einseitig die proletarischen Opfer der Klassenjustiz die Rechte in die Hand der Arbeiterklasse zu ermöglichen wollen. Von diesem Standpunkt aus ist die einfache laienhafte Begründung zu bewerten, daß die SPD ihrerseits einen Amnestieantrag „unter völliger Ausschließung der Arbeiter“ einbringen werde. Dieses freche Manöver soll den Rechten der Klassenjustiz eben ermöglichen, die Befreiung der proletarischen Gefangenen zu verhindern, da natürlich unter diesen Umständen eine Annahme kaum zu erwarten ist. Dieser schändliche Anschlag muß die Arbeiterschaft eine offene Antwort erteilen. Sofort müssen in den proletarischen Massenorganisationen und in Betrieben eindeutige Resolutionen für die Zustimmung zum Antrag Höckel-Höckel-Oberling an die Reichstagsfraktionen der KPD und SPD gefordert werden.

Die kommunistische Fraktion des Reichstages hat gestern folgenden Antrag eingereicht:
„Das Staatsministerium wird beauftragt, im Reichstag in erster Linie für eine sofortige Voll-Amnestie aller von den Verurteilten des Reiches und der Länder verurteilten politischen Gefangenen einzutreten und, falls dies nicht zu erreichen ist, für den Kompromißantrag Christian-Höckel-Rosenfeld zu sprechen.“
Deutsche Proletarier! Tretet an die Klassenpflicht eurer Gefangenen gegenüber! Versteht den Druck auf den Reichstag! Erzwingt die sofortige Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen!

Die Eisenbahner fordern Streik

Seute Nachverhandlungen zum Eisenbahner-Schiedspruch
Berlin, 27. März. (Eig. Drahtbericht.)
Der Vorwärts berichtet: „Die Nachverhandlungen über die Vorschläge der Eisenbahner, die für den 28. März angelegt waren, begannen bereits am Dienstagvormittag. Bei dem Einheitsverband der Eisenbahner hielten sich die Stöße der Protestresolutionen. Mit einer Zeit sind nicht weniger als 250 Entlohnungen, voll von gehäresstem Protest, gegen den Schiedspruch eingelaufen. Noch nie war die Bewegung gegen den Schiedspruch unter den Eisenbahner so groß, als wie es gerade jetzt zu verzeichnen ist. Der Schiedspruch wird als völlig unannehmbar bezeichnet und vom Hauptverband gefordert, daß er die Verbindlichkeitserklärung mit allen Mitteln bekämpft und für eine wirkliche Befreiung der Eisenbahner eintritt.“
Gestern fand eine überfüllte Versammlung in Altemts Festhallen in Berlin statt. Vom Bezirksvorstand der Eisenbahner wurde erklärt, daß die Organisationsleitung auf Kampf eingestellt ist. Einstimmig wurde eine scharfe Protestresolution gegen den Schiedspruch angenommen.

Zusatz, 27. März. (Eig. Drahtbericht.)
In Betriebsversammlungen nahmen die Eisenbahner des Betriebsbahnhofes Wedau am Freitag, Sonnabend und Sonntag zu dem gefällten Schiedspruch Stellung. Die 800 Mann starke Belegschaft war reiflos erschienen. Einstimmig wurde der Schiedspruch abgelehnt und beschlossen, sobald dieser oder ein anderer Schiedspruch, der die Forderungen nicht reiflos erfüllt, in Kraft tritt, in den Streik zu treten.

Kommunistische Wahlerfolge

Die Landratswahlen im Saargebiet

Am vergangenen Sonntag haben im Saargebiet die Landratswahlen stattgefunden. Das Wahlergebnis ist ein voller Erfolg der Kommunisten und bedeutet eine schwere Niederlage für die SPD, die nicht nur erheblich an Stimmen, sondern auch an Mandaten einbüßte. Nach dem vorläufigen Wahlergebnis erhalt die Kommunisten 46 407 gegen 40 231 im Jahre 1927, die Sozialdemokraten 43 411 gegen 46 627, das Zentrum 128 886 gegen 108 211, Deutsch-Saarländische Volkspartei 28 228 gegen 37 591, Deutsch-Nationale 10 495 (—), Haus- und Grundbesitzer 9149 gegen 10 390, Christlich-sozialistische Partei 9302 (—), Demokraten 3000 (—). Die Mandate verteilen sich wie folgt: Kommunisten 5 (5), Sozialdemokraten 4 (6), Zentrumspartei 15 (14), Deutsch-Saarländische Volkspartei 3 (4), Deutsch-Nationale 1 (—), Haus- und Grundbesitzer 1 (1), Christlich-sozialistische Partei 1 (—), Demokraten (—).

Die Kommunisten haben trotz der schwachen Wahlbeteiligung — sie betrug nur 63 1/2 Prozent — einen glänzenden Wahlerfolg zu verzeichnen. Sie vermochten nicht nur den Verlust der SPD aufzufangen, sondern darüber hinaus noch weitere Schichten der Arbeiter um das Banner der KPD zu fähren. Das Wahlergebnis im Saargebiet

ist nicht nur eine Niederlage der SPD, sondern bestätigt zugleich auch den Bankrott ihrer Völkerverbundspolitik. Zum ersten Male mußte die SPD im Saargebiet die Führung in der Arbeiterschaft an die Kommunisten abtreten. Das ist angesichts der industriellen Struktur in diesem Gebiet ein günstiges Zeichen für den bevorstehenden Wahlkampf am Reichstag.

Die gesamte bürgerliche Presse stellt anlässlich der Wahlerfolge unserer Partei im Saargebiet resigniert den Rückgang der sozialdemokratischen und die Zunahme der kommunistischen Stimmen fest. Der Vorwärts benimmt sich anlässlich des Wahlergebnisses sehr kleinlaut und findet zur Entschuldigung des sozialdemokratischen Stimmrückganges nichts anderes, als daß er folgenden alten Lebensklugheit herbeiholt:

„Sie (die Wähler) haben im Zeichen der schweren Bergbaukrise, die infolge der zahlreichen Arbeiterentlassungen den Kommunisten einen Zuwachs von rund 6000 Mann brachte.“

Der Vorwärts will also bei der Arbeiterschaft wieder einmal den Eindruck erwecken, als resultierten die Erfolge unserer Partei im Saargebiet nur aus den augenblicklichen „schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen“. Diese feige Ausrede wird der SPD gar nichts nutzen. Es steht fest, daß die Entwicklung der Arbeitermassen unentwegt nach links zur kommunistischen Partei geht.

Der Schiedspruch für die Metallarbeiter gefällt

Die Dresdner Volkszeitung berichtet in ihrer gestrigen Ausgabe:

Für die sächsische Metallindustrie wurde am Sonnabend nach vierstündiger Verhandlung ein Schiedspruch gefällt. Der neue Manteltarif enthält gegenüber dem bisherigen einige Verbesserungen, besonders auch bezüglich der Verbilligungsfrage. Ueber den Schiedspruch selbst wird am Dienstag die große Tarifkommission befinden, ebenso wird noch im Laufe der Woche die Mitgliedschaftsliste dazu Stellung nehmen, da die Erklärung bis zum 31. h. M. läuft.

Was es sich um jenseitige Kapalle handelt — so wird die für die sächsische Metallarbeiter lebenswichtige Frage des neuen Tarifvertrages mit ganzen acht Druckseiten abgetan. Ueber den Inhalt des Schiedspruches selbst aber: schweigt sich die reformistische Leitung des DMB noch immer aus. Bekunden, wie die Reformisten nun einmal sind, begnügen sie sich mit dem Hinweis, daß der neue Manteltarif „einige“ Verbesserungen enthalte. Da sich jedoch die Metallarbeiter mit „einigen Verbesserungen“ begnügen werden, das dürfte auf einem anderen Blatt stehen. Besser aber erfahren die Metallarbeiter noch immer nicht, was aus den an sich bestehenden Forderungen zur Verbesserung des Mantelvertrages geworden ist. Es ist wahrhaftig ein starkes Stück, was sich die Höcker, Reichgräber und der „linke“ Händel leisten. Seit Sonnabend ist der Schiedspruch gefällt, und am Montag spielt man die Kollegenchaft mit einer inhaltlosen Meldung ab. Soll man etwa aus dieser lächerlichen Kotz den Schluß ziehen, daß der ganze Schiedspruch mit seinen „einigen Verbesserungen“ nicht mehr wert ist? Es scheint fast so. Traut man sich etwa nicht, das Ergebnis der Schlichterei in der paritätischen Schlichterkammer der breiten Öffentlichkeit zu unterbreiten?

Die Lohnfrage wird mit keiner einzigen Silbe erwähnt.

Der Gehalt des vierstündigen Ruhhandels soll erst vor dem kleinen Gremium der Tarifkommission „behandelt“ werden, — dann erst sollen es die Metallarbeiter erfahren. Am Sonnabend läuft bereits die Erklärungslauf. Die Zeit ist also sehr kurz bemessen. Die Metallarbeiter haben ein Recht darauf, den Inhalt des Schiedspruches sofort zu erfahren. Erfüllt der Schiedspruch die Forderungen der Metallarbeiter nicht — und das muß nach der Meldung der Dresdner Volkszeitung angenommen werden —, dann ist diese Geheimnistuerei um so unerantwortlicher. Zeit genug ist gegeben, um die gesamte Metallarbeiterschaft durch die Presse über das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen zu informieren. Warum tut man es nicht? Man will kein „Geheimnis“ machen, — nur so kann die Geheimnistuerei aufgehoben werden.

Fürchtet man sich etwa den Metallarbeitern zu zeigen, was aus den bestehenden Forderungen geworden ist. Warum er-

wähnt man nur die Verbesserungen in der Verbilligungsfrage, die der DMB in seiner bisherigen Praxis bestimmt nicht als die wichtigste Frage behandelt hat. Warum erwähnt man nicht von der Forderung nach der 4 1/2 stündigen Arbeitszeit? Ist hier etwa alles beim alten geblieben? Warum spricht man nicht von der Entlohnung, von der Lohnbemessung und der Akkordarbeit? Wie steht es mit der Prozentzahlung, bleibt auch diese bestehen? Was ist mit der Forderung in Bezug auf Vermehrung der Ferientage geschehen? Auf welche Zeit soll der neue Mantelvertrag Gültigkeit haben? Um all diese wichtigen Fragen geht man herum wie die Ratte um den heißen Brei.

Das läßt nur den Schluß ziehen, daß die wichtigsten Forderungen der Metallarbeiter abgelehnt und in dem Schiedspruch für den neuen Vertrag keine oder keine nennenswerten Verbesserungen erreicht wurden. Wo sind denn einige „Verbesserungen“ erzielt? Heraus mit der Sprache. Aus Licht mit dem Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen. Die Lohn- und Tarifangelegenheit der Metallarbeiter ist für die gesamte Arbeiterschaft von entscheidender Bedeutung. Die Gesamtarbeiterschaft hat ein Interesse daran, zu erfahren, was das Ergebnis des Schlichtungsabtrages und der Verhandlungen mit den Metallindustriellen ist.

Morgen findet die Generalversammlung der Metallarbeiter statt. Die Vertrauensleute haben die Pflicht, diesem Schiedspruch einer eingehenden Würdigung zu unterziehen. Auf keinen Fall dürfen sich die Metallarbeiter darauf einlassen, durch die Annahme eines Schiedspruches, der nicht ihre Forderungen erfüllt, auf längere Zeit die Hände binden zu lassen. Solort muß der Schiedspruch den dritten Schichten der Metallarbeiter zugänglich gemacht werden. Nicht die Funktionäre, nicht die Ortsverwaltung, dürfen über Annahme des Schiedspruches entscheiden. Das Urteil muß gefällt werden von der Kollegenchaft in den Betrieben.

25 000 bayrische Metallarbeiter vor der Aussperrung

2000 Arbeiter der Metallindustrie bereits im Streik.

Die Metallarbeiter der bayrischen Propingorte sind seit einiger Zeit in Verhandlung. Die Verhandlungen, die in München geführt wurden, scheiterten am 22. März, weil die Unternehmer keine Lohnzulage bewilligen wollten. Darauf sind in der bayrischen Provinz 2000 Arbeiter der Metallindustrie in den Streik getreten. Der Unternehmerverband droht nun damit, als Gegenmaßnahme die Aussperrung von 20—25 000 Metallarbeitern ab Ende März durchzuführen.